

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: ...
Druck u. Verlag: ...
Kasseler Anzeiger-Verlag
Kasseler Anzeiger-Verlag

Verlagspreis: Durch unsere Seiten frei im Haus monatlich 4.50 M. ...
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind ...
Anzahl: Nr. 298. Freitag, den 24. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Urabstimmung unter den sächsischen Eisenbahnen für die bekannten Vorschläge und die Stellungnahme zu den Bewilligungen der Regierung wird vom 28. bis 30. Dezember vorgenommen werden.

Die Ernennung des bisherigen Ministerialdirektors im Reichsstaatsministerium Dr. Adolf Hasse zum Staatssekretär Dr. Hasse ist nunmehr erfolgt.

In zahlreichen Entschliessungen der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren wird angesichts der gefährdeten Lage der Provinz die Auflösung der Wehren entchieden abgelehnt.

In dem Kohlenbecken von Rhondda in England, wo 40 000 Bergarbeiter beschäftigt sind, ist ein Streik ausgebrochen, weil sich die Unternehmer weigern, elf entlassene Arbeiter wieder einzustellen.

Die Republiken Guatemala, Honduras, Salvador, Nicaragua und Costa Rica haben sich zu den Vereinigten Staaten von Mittelamerika zusammengeschlossen.

Der Weihnachtsstern.

Die Engel, die nach dem Weihnachtsevangelium in der Christnacht den kanaanitischen Hirten die Weihnachtsbotschaft verkündeten, sangen jene Worte, an denen sich seitdem die Menschheit immer wieder ausgerichtet hat: Friede auf Erden allen denen, die guten Willens sind! Und dieses Weihnachtswort beruht auch diesmal die Menschenherzen mehr denn je. Durch die Vertreter der Regierungen der Völker ist zwar damals in Versailles ein feierlicher Vertrag geschlossen und unterschrieben worden, der sich Friedensvertrag nennt, aber mit dem Frieden nur das Wort gemeint ist. Dieser Vertrag hat bisher der Menschheit den Frieden nicht geben können, und er wird es auch in Zukunft nicht können, da er aus dem Geist des Unfriedens heraus entstanden ist. Immer noch klingen irgendwo in der Welt die Hymnen, immer noch fließt unschuldiges Menschenblut. Die Welt ist voll Frieden noch so weit entfernt wie nie zuvor. Gewiß hat es Leute gegeben, die um einen Idealfrieden das Friedenswort ausgesprochen haben. Wir brauchen ja nur an den amerikanischen Messiasprediger zu erinnern, dessen Worte damals die Welt aufhorchen ließen, der aber weder willens noch in der Lage war, auf seine Worte Taten folgen zu lassen. Der Gedanke des Völkerbundes, den Wilson, der von manchen als der neue Messias gerufen worden ist, verkündete, ist in der Tat nur ein Zerwürfnis geworden. Wenn wir es noch nicht gewußt hätten, so hätten wir es erfahren können durch die jetzt lebende Genfer Versammlung des Völkerbundes. Wir haben gesehen, daß immer noch der Machtsstandpunkt der ausschlaggebende ist, daß man immer nur bemüht ist, die Worte zu teilen, die man den besiegten Völkern abgenommen hat. So wird niemals Frieden werden. Wenn wir aber trotz allem die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgeben, so deshalb nicht, weil wir glauben, daß der Friedenswille der Menschheit sich schließlich doch stärker erweisen wird als alle sogenannten Friedensverträge. Der Weltkrieg war eine zu harte Schule. Er hat die Völker bis ins Innerste aufgerüttelt, hat alle schlechten Eigenschaften enttesselt, aber wenn es einen Sinn in der Welt gibt, dann muß auch aus der furchtbaren Lehre dieses Weltkrieges die Sehnsucht nach Frieden in verstärkter Maße sprossen. Das ist unser Weihnachtsglaube und unser Weihnachtswunsch. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Friedenswille aller gut Gesinnten auch Friedensraten nach sich ziehen wird. Dann wird die Finsternis, die heute noch das Erdreich, und die Dunkelheit, die die Völker bedeckt, verschwinden, dann wird der Weihnachtsstern hoch am Firmament und den Weg in die Tage des Friedens zeigen.

Die Weihnachtsbescherung für das sächsische Bürgertum.

Vom Reichstagsabgeordneten Alfred Brodau.
Nach der Landtagwahl habe ich mich im Auer Tageblatt über die verschiedenen theoretischen Möglichkeiten für die Regierungsbildung in Sachsen ausgesprochen. Ich habe vorausgesetzt, daß eine Regierungskoalition von der Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie nicht zustande kommen würde. Wenn auch bei einigen Dresdener mehrheitssozialistischen Führern Gemeinheit zu einer solchen Koalition bestand, so war doch klar, daß sie von der übermächtigen Mehrheit der Partei abgelehnt werden würde. Denn die Volkspartei ist keine Partei der Mitte, wie die Deutsche Demokratische Partei, sie ist, mag sie jetzt auch im Reich mit dieser in der Regierung zusammenarbeiten, ihrem ganzen Wesen nach viel näher der deutschnationalen Partei verwandt und unterscheidet sich von dieser im Grund nur durch den Namen. Bei den Arbeitern gilt sie infolge ihrer bisherigen Haltung als reine Interessensvertretung der Arbeitgeber. Es konnte nach dem Ausfall der Wahlen, im Hinblick auf die Schwächung der Demokratischen Partei, keine tragfähige Regierung der Mitte, wie wir sie brauchen, sondern nur eine solche der beiden sozialistischen oder der beiden rechtsstehenden Parteien als Minderheits-

regierung zustande kommen, ohne daß die Demokratische Partei sich hätte an einer dieser Regierungen beteiligen können. Für den Fall, daß die Entscheidung über diese beiden Möglichkeiten bei den Demokraten liegen würde, bin ich in jenem Artikel dafür eingetreten, daß sie den rechtsstehenden Parteien die Gelegenheit geben sollten, ihre Versprechungen an die von ihnen eingefangene Wählerkraft wahrzumachen. Dieser Fall ist nicht eingetreten, weil sich die Kommunisten nicht, wie das nach ihrer bisherigen Haltung erwartet werden konnte, der Stimme enthalten, sondern, um das Zustandekommen eines Kabinetts der Rechten zu verhindern, zur Stimmabgabe für den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten kandidaten Bud entschlossen haben, nicht ohne hierbei ihre schwerwiegenden Bedingungen zu stellen. So hat Sachsen eine rein sozialistische Regierung beschert bekommen, die bei ihrer Abhängigkeit von dem Wohlwollen der Kommunisten mit einem radikalen Programm ausgestattet hat.

Ob nunmehr den bürgerlichen Wählern die Augen darüber aufgehen werden, was sie durch ihr ganz überwiegendes Eintreten für die rechtsstehenden Parteien angerichtet haben? Bisher hatten wir ein Kabinett der Mitte, in dem, der Stärke der Fraktionen angemessen, neben gemäßigten Sozialisten zwei Demokraten saßen, hervorragend tüchtige Männer, Dr. Seuffert und Dr. Reinhold Zeit, nach dem bejubelten Wahlsieg der rechtsstehenden Parteien, ist das Bürgertum — überhaupt nicht mehr in der Regierung vertreten. Das ist die Folge davon, daß sich die Bürgerlichen in den meisten Orten in Scharen abwandten von der einzigen nichtsozialistischen Partei, die für ein Zusammenarbeiten mit der gemäßigten Sozialdemokratie in Frage kam. Massenhaft sind namentlich die Frauen, den rechtsstehenden Parteien, insbesondere den Deutschnationalen, gefolgt, weil nach deren Lehren sonst die Religion, der Religionsunterricht, in Gefahr war. Erfolg: der gemäßigte Dr. Seuffert, ein Schulmann ersten Ranges, der in keiner Ministeramtigkeit alles getan hat, um die Religion der Schule zu erhalten, ist ersetzt worden durch einen unabhängigen Sozialdemokraten, der sich mit allen Kräften bemühen wird, um das radikale Schul- und Kirchenprogramm der Sozialdemokraten zu verwirklichen. Die große Mehrheit der Industriellen hat den rechtsstehenden Parteien die erforderlichen Mittel zum Kampf gegen die bisherige Regierung der Parteien der Mitte zugesichert. Erfolg: der bisherige gemäßigte sozialdemokratische Arbeitsminister hat einem Mann der U. S. D. Platz gemacht, von dem sich die Arbeitgeber alles erwarten können, nur nicht die Rücksichtnahme auf ihre berechtigten Interessen, die sie bisher in dem gemäßigten Kabinett immerhin noch gefunden haben. Unter dem Feldgeschrei: wir wollen bürgerliche Sachminister! gingen die rechtsstehenden Parteien gegen die Parteien der Mitte, insbesondere die +++ Demokraten los. Erfolg: die beiden bürgerlichen Sachminister in der bisherigen Regierung sind beseitigt und durch sozialdemokratische Nichtfachleute ersetzt. Denn nicht bloß Dr. Seuffert war ein hervorragender Sachmann, auch Dr. Reinhold ist nach seinem Abgang von einem so weit rechtsstehenden Blatt wie den Leipziger Neuesten Nachrichten reiches Sachwissen bescheinigt worden. Es muß, so schrieb das Blatt, zuerkannt werden, daß Dr. Reinhold sich mit sachmännischem Geist und einem unermüdlichen Arbeitswillen an die schwierige Aufgabe, die Ordnung der sächsischen Finanzen, herangemacht hat. Hierbei darf nicht unerwähnt bleiben, daß seiner Initiative die Umstellung des kameralkräftigen Prinzips in das kaufmännische zu verdanken ist, ein immerhin gänglich neuer und geeigneter Schritt in diesem Staatsleben, der auch Schule gemacht hat. — Vor der Wahl freilich hat dieses Blatt, das Leitblatt der sächsischen Philister, mit der gesamten rechtsstehenden Presse alles getan, um die beiden demokratischen Sachminister in Mitleidenschaft zu bringen. Von dieser Presse hat sich das Bürgertum in seiner großen Mehrheit aufgeschlossen gegen die Partei, durch die es bisher in der sächsischen Regierung so gut vertreten war, als es nach den Verhältnissen möglich war, aufbegehren lassen gegen die Partei, deren Verbrechen darin besteht, daß sie wahr gemacht hat, was sie bei ihrer Gründung als Programm verkündete: eine Brücke schlagen zu wollen zwischen Bürgertum und Arbeiterkraft. Bald nach ihrer Gründung war es ein Zittauer Großindustrieller M., der in Furcht vor einer Entwicklung der Revolution nach der Richtung der russischen Sowjetrepublik hin demokratische Führer beschwor: Geben Sie soweit nach links als möglich. Die demokratische Partei hat das nicht getan, sie hat als Regierungspartei im Reich und in Sachsen die Industrie vor allen Sozialisierungsexperimenten bewahrt. Jener Großindustrielle ist inzwischen, mit ihm der größte Teil des Bürgertums, weil man die Gefahr vorüber glaubt, nach rechts abgewandert. Man hat rechts gewählt mit dem Erfolg einer rein sozialistischen Regierung an Stelle einer gemäßigten. Das Bürgertum hat seine Versicherung ...

Kommt nun die Einsicht?

W. W. Der Zwangswirtschaft kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nur an die Erfassung und Verteilung des vorhandenen gedacht, die Erhaltung und Förderung der Produktion aber völlig unberücksichtigt gelassen hat. Dadurch wurde ihr Erfolg von Jahr zu Jahr geringer. Der Schlechthandel entwickelte sich zu Appiger Blüte: die der Bevölkerung zugewiesenen Mengen verminderten sich immer mehr; die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft ging zusehends zurück. Schon in der Mitte dieses Jahres stand die Bewirtschaftung von Fleisch und Kartoffeln nur noch auf dem Papier; man tat das Letzte, was noch zu tun übrig blieb, und hob für diese Lebensmittel die Verordnungen auf. Nun steht auch die Getreidebewirtschaftung kurz vor dem Zusammenbruch. Die diesjährige Getreideernte ist erschreckend gering, weil dem Boden nicht genügend künstlicher Dünger zugeführt werden konnte. Hinzu kommt, daß ein Teil der Landwirte sich der dem deutschen Volk drohenden Hungersnot nicht bewußt ist und in der Sucht nach Gewinn das Getreide im Schlechthandel verkauft oder durch Verfüterung gewinnbringender als bei der Ablieferung erwertet. Die der Reichsgetreidekasse aus dem Inland zuffließenden Mengen bleiben aus diesen Gründen bisher weit hinter den Erwartungen zurück. Der Zufuhr aus dem Aus-

land sind aber durch die geringe Kaufkraft der Mark Grenzen gesetzt; auch sind schon bei dem bisher für unbedingt notwendig erachteten Import von 2 Mill. Tonnen wenigstens 9 Milliarden Mark nötig, um den jetzigen Brotpreis von 4.50 Mark bis zur neuen Ernte aufrecht zu erhalten, — nur aus Auslandgetreide hergestelltes Brot würde nämlich 14.25 Mark kosten! Nun kommt alles darauf an, daß sämtliches im Inland verfügbares Getreide auch abgeliefert wird. Dazu ist eine großartige Aktion zur Auffklärung der Landwirte über die Notlage der Brotverföhrung in die Wege geleitet, auch soll ihnen billigeres Viehfutter geliefert werden. Sodann ist geplant, Schieber und Schleichhändler mit Zuchthaus und Vermögensbeschlagnahme zu bestrafen.

Den Erfolg dieser Maßnahmen muß man abwarten: sie sind gegenwärtig das einzige Hilfsmittel. Aber man muß auch an die Zukunft denken, damit sich eine solche Krise nicht wiederhole. Deshalb muß bereits jetzt alles geschehen, um die Produktion zu fördern. Wertvolle Zeit ist schon verlorren, weil entgegen der Mahnungen einflussvoller Warner die Düngemittel nicht bereites zur Herbstbestellung verbilligt wurden. Das muß nun sofort erfolgen. Die hier bereitgestellten Staatsmittel sind eine produktive Anlage, denn sie bleiben der deutschen Volkswirtschaft erhalten und verzinsen sich hoch! Ferner muß man das bisherige produktionshemmende System der Erfassung aufgeben. Freie Wirtschaft ist beim Getreide zwar noch nicht möglich; aber es gibt ein Mittel, welches trotz des Ablieferungszwanges zu möglichst großer Produktion reizt: das von Sachverständigen fast aller Parteien schon oft empfohlene Umlageverfahren. Hier muß von der mit Getreide bebauten Fläche eine besonders feizuführende Mindestmenge abgeliefert werden — und zwar zum Höchstpreis; für das aber, was darüber hinaus erzeugt wird, erhält der Landwirt einen höheren Preis, so daß sich der Mehraufwand rentiert und getrost gewagt werden kann. Bist die jetzige Not nun endlich, daß sich die verschiedenen Ministerien und Parlamente schleunigst einigen und parteipolitische Interessen zurückstellen müssen, weil sonst Deutschlands Bevölkerung am Hunger zugrunde geht?

Die Not des deutschen Mittelstandes

Das Urteil eines Engländers.
Der Manchester Guardian bringt in einer seiner letzten Nummern einen sehr lesenswerten Artikel: Die Not des deutschen Mittelstandes —, welcher hier im Auszuge wiedergegeben werden soll. Nach wahrheitsgetreuer Beschreibung der mizlichen Lage, besonders der gebildeten Stände und der Not der deutschen Wissenschaft und Bildungsstätten infolge der Teuerung der Lehrmittel, der Bücher usw., schließt dieser Aufsatz mit der Bemerkung: Wie kann dieses Defizit von einem bankrotten Lande gedeckt werden? Die deutsche Wissenschaft ist in der Gefahr des Unterganges. Laßt die jetzige Lage noch einige Jahre andauern, und das Land eines Koch und Bräuhw, eines Rommisen und Ranke wird ausgehört haben, seine bisherigen Beiträge zur Wissenschaft und Bildung zu geben. Ich glaube nicht, daß das von mir Gesagte von irgend jemand bestritten werden wird, welcher die Sachlage kennt. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß die andauernde Ursache dieses langsamen Unterganges einer Nation die Wirkung des Vertrages von Versailles ist. Die Folgen desselben sind unbestreitbar; er ruiniert Tag für Tag die Gesundheit, den Wohlstand, die Moral, die Kraft, ja sogar die physische Existenz des deutschen Volkes.

Wir mögen vielleicht geneigt sein, zu denken, daß diese Dinge nicht wirklich wahr sein können oder daß diejenigen welche sie hervorriefen, ausgesprochene Schurken sein müssen. Die Herren Clemenceau und Wilson, Lloyd George und Bonar Law sind aber keine Schurken. Sie reflektierten nur ziemlich genau die Leidenschaften und Gedanken ihrer Wählerchaft in Frankreich und England, und diese Leidenschaften und Gedanken sind es, welche falsch und irreführend sind. Diese Leidenschaften sind Furcht, Habgier und Rache ... Die einfache Philosophie, nämlich, daß Deutschland unterdrückt werden müsse, weil es den Arien angefangen habe, und um weitere Kriege zu verhindern, und daß es bestraft werden müsse wegen der Luftschiffe und U-Boot-Angriffe, und schließlich, daß Deutschland mit Zinsen den angerichteten Schaden bezahlen müsse, ist in das englische Volk Tag und Nacht während fünf Kriege, und nun schon zwei Friedensjahren von Zeitungsschreibern hineingetrichtert worden, bis man selbst daran geglaubt hat und unzugänglich für Tatsachen und Wahrheit geworden ist. Wenn ich nun festsetze werde, was denn das Heilmittel für die Beseitigung aus der jetzigen schrecklichen Lage, in welche die Welt gekommen ist, sei, so sage ich: die Wahrheit, sowie der Wille und die Macht, sie zu erfassen und ihr entsprechend zu handeln. Aber inwiefern gibt es noch Palliativmittel, die, wenn sie auch nicht das physische Mittel heilen, so es doch mildern und auch etwas, ja vielleicht sogar viel, tun können, um die fränke Moral der Welt zu kurieren. Während nämlich die Regierungen damit beschäftigt sind, die Zivilisation zu ruinieren, gemäß dem Grundsatz: Auge um Auge, Zahn um Zahn, sind einzelne Personen und Gesellschaften am Werke, den gegenteiligen Grundfay werktätiger Mä-

phes
1920.
henk
ne
rie.
inen
r. 11/13.
wässer
gauer
usschule
fies
rtelid
falten
ie
bi
he
0.